

Die große Zahl.

Die großen Zahlen sollen es machen. Die sollen den Geist erheben. Vor allem: den revolutionären Willen. Solchen Eindruck gewinnt man jetzt aus der Scheidemannpresse.

In den Gewerkschaftsorganen war die Zahl, mit großen Zahlen zu operieren, schon längst üblich. Bei der Darstellung eines von den Unternehmern zugelassenen Aufschlages auf den Stundenlohn wurde berechnet, wie groß die Summe war, wenn man die Erhöhung für alle in Betracht kommenden Berufsarbeiter für das ganze Jahr zugrunde legte. Dabei kamen imponierende Zahlen heraus. Dann brachte man noch Bezahlende über Lohnen von früher und aus der Gegenwart. Das wirkte wie ein Vergrößerungsglas. Die erzwungenen Vorteile erschienen riesenartig.

Ammerhin wird sich mancher denkende Arbeiter die Frage vorgelegt haben: Wie mag es zu erklären sein, daß sich trotz der angeführten Berechnungen der Lohn meine wirtschaftliche Lage gar nicht oder nur sehr wenig verbessert hat, jedenfalls weniger als das Lohnneufkommen gestiegen ist? Dieser schmerzliche Widerspruch läßt sich leicht dahinter, daß die zur Parade vorgeführten Zahlen sehr veränderte Größen darstellen. Die Löhne waren wohl gestiegen, aber nicht in gleichem Maße die Kaufkraft des Lohnneufkommens. Fast in derselben Weise wie die Löhne, zuweilen auch noch stärker als diese, waren die Preise für Lebensmittel, Gebrauchsgüter, Mieten usw. in die Höhe gegangen. Was der Arbeiter an Lohn mehr bekommt, muß er als Verbraucher, als Käufer von Waren, in den Fabrikanien und Händler wieder zurückgeben. Die großen Zahlen schmelzen auf eine Nulligkeit zusammen, wenn man sie auf ihren wirklichen Wert zurückführt.

Trotzdem: für die große Masse, die nicht selbständig denkt, sondern nur auf fremde Wahrnehmungen reagiert, haben die großen Zahlen stets etwas Bewusstseins, sie suggerieren die Vorstellung der Macht des Erfolges. Die Gewerkschaft, die mit einer großen Mitgliederzahl werben darf, gewinnt damit natürlich an Ansehenskraft. Genau so verhält es sich mit politischen Parteien. Als die alte Sozialdemokratie Millionen von Wählern musterete, über 110 Reichstagsmandate verfügte, da glaubte man, sie würde nun große politische und wirtschaftliche Umwälzungen herbeiführen. Solchen Erwartungen hat sie nicht entsprochen. Die wirtschaftliche und soziale Macht der Kapitalistengruppe erwies sich stärker als die große Zahl der passiven sozialistischen Wähler und die von ihr erzwungenen Reichstagsmandate. Die sozialen Reformen hielten sich in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen und die kapitalistischen Kreise konnten ungehindert die Vorbereitungen zu dem verhängnisvollen Weltkrieg durchsetzen. Dabei wurde der Anteil des Kapitals am Arbeitervertrage nicht kleiner, sondern größer. Es rühte sich, daß die in den großen Zahlen gebundenen Kräfte nicht in politische und wirtschaftliche Aktionen gegen die Grundfrage der kapitalistischen Herrschaft umgelenkt wurden.

Es ist nicht, daß dieser Tausche gerade jetzt bewußt zu werden. Die Scheidemannpartei operiert nun wieder mit großen Zahlen. Der Kreis ihrer Mitläufer ist seit Beginn der Revolution umfangreicher geworden. Sie erzielt Wahlerfolge, obwohl sich aus ihrem alten Bestande beträchtliche Teile ablösen und nach links abwandern. Der Bezug für die Scheidemannpartei kommt aus den Kreisen der Angestellten, der bisher indifferenten Arbeiter, aus Schichten des Kleinbürgertums und der Beamtenklasse. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die alte Sozialdemokratie ist die offizielle Regierungspartei geworden. Zu ihr schloßen sich stets jene Volkskreise, die von dem Wohlwollen der Regierung Gutes und Gnaden erwarten wollen. Politische Ueberzeugung, Weltanschauung, Idealismus sind dabei keine Triebkräfte. Der größte Teil der hier in Betracht kommenden Schichten wird morgen wieder zu der andern Regierung abzuwandern, die von einer nichtsozialdemokratischen Partei gebildet wird und an sich eine größere Macht besitzt als die jetzige Regierung. Die meisten, aber nicht alle sozialdemokratischen Schichten, Beamten, Angestellten, Kleinbürgertum usw. schwenken wieder in die antisozialistische Bahn ab, sobald sich Gelegenheit bietet, daß die kapitalistischen Gruppen politisch stärker sind als die Scheidemannpartei.

Die Gruppen, die sich aus den angeführten Berufsständen und Berufsgruppen für die Regierungsozialdemokratie an die Wahlurne drängen, kommen nicht als Sozialisten, nicht als Kämpfer für die soziale Republik: sie kommen mit Sonderwünschen. Sie helfen höhere Gehälter, bessere Arbeitsbedingungen, milderere Erwerbsbedingungen. So solche Anforderungen im Rahmen der kapitalistischen oder einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erfüllt werden, ist diesen Kreisen an sich gleichgültig. Traditionen neigen sie zum Antisozialismus. Außer der Gewohnheit zwingt dazu das eingewurzelte Abhängigkeitsgefühl, sehr viel aber auch ein bornierter Stolz: man will nicht zum Proletariat gehören, dünkt sich etwas Besseres. Der Tradition und dem Abhängigkeitsgefühl widerspricht der Anschluß an die Sozialdemokratie nicht, denn sie ist ja nun Regierungspartei und sie wird jetzt von allen reaktionären Gewalten gegen die U. S. D. und noch weiter links stehenden Gruppen vertrieben; zudem: die Regierungsozialdemokratie tritt nicht sozialrevolutionär auf. Sie will nur reformieren, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Vorläufig nur, wie sie trübend, das Proletariat beschwichtigend, erklärt. Wollend oder nicht, sie setzt die wankend gewordene kapitalistische Herrschaft wieder fester in den Sattel.

Damit ist der Konflikt innerhalb der linken Sozialdemokratie der Scheidemann und Genossen gegeben. Will sie ohne dem Kapital wehe zu tun, die Sonderwünsche der neuen Mitläuferschaft erfüllen, so kann das nur auf Kosten der eigentlichen Arbeiter geschehen. Dann geraten diese in Konflikt zur Regierungsozialdemokratie. Scheut sie diesen Konflikt, dann müssen die Anforderungen des andern Teiles der Anhängererschaft unüberwindlich bleiben. Dann verhalten sich die Konjunktursozialisten wieder mit den antisozialistischen Wächtern, die sich bereit finden, ihnen entgegen zu kommen — wieder auf Kosten der Arbeiterkraft.

Der Regierungsozialdemokratie blühe nunmehr die Wahl, entweder sich auf die Arbeitermassen stützen, den sozial revolutionären, den grundsätzlich sozialistischen Kampf gegen das Kapital aufzunehmen, oder sie müßte in das reaktionäre Gleis einer Reformpartei hineingleiten, die das Sonderinteresse des neuen Mittelstandes vertritt, der aus den Schichten der Angestellten, Beamten, Kleinbürger, Handwerker und einigen besorgten Arbeitergruppen bestehen würde.

Der Charakter der Regierungsozialdemokratie als antisozialistisch tritt dann handgreiflich deutlich heraus. Wie lange dieser Entwicklungsprozeß dauert, hängt ab von der revolutionären Kraft der nächsten Ereignisse und von dem Grade der Erkenntnis in der Arbeiterklasse von der Notwendigkeit des konsequent revolutionären Kampfes. Die großen Zahlen, mit denen die Scheidemannpartei prunken, ist kein Ausdruck ihrer revolutionären politischen Macht, sondern eines Scheinwunders, das sie noch der reaktionären Seite zeigt. Ein „Lohol“ auf internen Füßen. Die Kraft der Klassengegensätze wird sie zer schlagen. W. D.

Der Streik um die Ostprovinzen.

Zwei Armeekorps gegen die Polen.

Berlin, 7. Januar. Wie wir erfahren, soll das Aufgebot für die militärische Wiederbesetzung Polens und zur militärischen Sicherung Ostpreußens zwei Armeekorps betragen.

Stillstand der Polen.

Danzig, 7. Januar. Nach Berichten aus Schneidmühl sind die Polen an der Bahnlinie Schneidmühl-Bromberg nicht weiter vorgerückt. Kosten und Schramm sind von den Polen besetzt.

Gewaltherrschaft in Schwerin.

Schwerin, 7. Jan. Die Telegraphen-Union, deren Verträge sich seit einiger Zeit besonderer Verlogenheit auszeichnen, teilt mit:

In der vorletzten Nacht verließen die Unabhängigen mit Hilfe von aus Berlin herbeigerufenen Matrosen einen Gewaltschiff. Die Matrosen waren spät am Abend in Schwerin angekommen. Nachdem sie vergeblich versucht hatten, im Schloß und in der Artilleriekaserne Quartier zu nehmen, besetzten sie das Arsenal, ferner den Bahnhof, die Post und das Telegraphenamt und unterbanden und verhinderten jeden Verkehr. Sie erklärten die Regierung für abgesetzt und beauftragten den Soldatenrat der Besetzung. Ebenso gingen sie daran, angesehenen Persönlichkeiten der Stadt zu verhaften, darunter Vorstandsmitglieder der ehemaligen Vaterlandspartei. Gegen 10 Uhr morgens kam die Artillerie mit Geschützen und die Garnison mit Maschinengewehren herbei. Das Arsenal, in dem sich die Matrosen verschanzt hatten, wurde unter hartem Maschinengewehrfire genommen und die Matrosen schließlich überwältigt, verhaftet und abgeführt. Nachdem wurde der Verkehr wieder aufgenommen.

Die Wahlen

zur badischen Nationalversammlung.

Am Sonntag wurden in Baden die Wahlen zur Nationalversammlung vorgenommen. Das Zentrum erhielt 369 057, die Demokratische Partei 327 111, die rechtssozialistische Partei 316 181, die Deutsche nationale Volkspartei 70 081, die Unabhängige Sozialdemokratie 14 550 Stimmen. Gewählt wurden 41 Zentrumskandidaten, 85 Rechtssozialisten, 24 Demokraten, 7 Deutschnationale; die Unabhängige Sozialdemokratie konnte kein Mandat erringen.

Die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse jubelt über die angeblich schwere Niederlage der Unabhängigen Sozialdemokratie. Sie verheimlicht aber dabei, daß unsere Organisation sich dort noch in den allerersten Anfängen befindet, daß uns keine einzige Zeitung zur Verfügung steht, daß es uns fast während des ganzen Krieges überhaupt nicht möglich war, in die Öffentlichkeit zu treten. Der Jubel unserer Gegner ist daher recht billig, sie haben in Baden über eine Partei gefeiert, die in Wirklichkeit dort gar nicht existiert. Sobald erst einmal die Möglichkeit gegeben ist, auch im badischen Mutterlande für die Ziele der Unabhängigen Sozialdemokratie in gleicher Weise zu wirken, wie es die andern Parteien bisher tun konnten, werden wir auch dort die wertvolle Bevölkerung für uns gewinnen.

Die Internationale Konferenz.

Versendung der Einladungen.

Stockholm, 4. Januar. Laut Sozialdemokraten hat Branting an die Neutralen die Einladung zur internationalen sozialistischen Konferenz in Lausanne gesandt und Ausland sowie die Mittelmächte davon unterrichtet. In seiner Einladung heißt es, daß die Konferenz wahrscheinlich am 21. Januar eröffnet werden soll.

Reaktionäre Bestrebungen in der Schweiz.

Lausanne, 4. Januar. Die Schweizerische Depesch-Agentur meldet: „Die Behörden des Kantons Waadt und der Stadt Lausanne haben bei den eidgenössischen Behörden Schritte unternommen, um zu erreichen, daß die am 18. Januar nach Lausanne einberufene Internationale Sozialistenkonferenz nicht in Lausanne abgehalten wird.“

Soll es soweit mit der „freien“ Schweiz gekommen sein, daß sie nicht einmal mehr eine internationale Sozialistenkonferenz ertragen kann?

Die französischen Delegierten.

Genève, 4. Januar. Die Populaire mitteilt, wird die Delegation der französischen Sozialistenpartei zur Internationalen Sozialistenkonferenz in Lausanne wie folgt zusammengesetzt sein: Bonquet, Presseman, Mirral, Cahin, Frolhard, Carlier, Paul Forde, Verjeil, Mayeras, Albert Thomas, Renaudel, Polsson, Dubreuil.

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz.

Paris, 4. Januar. (Havas.) Gemäß dem Beschluß der internationalen Konferenz von Leeds im Jahre 1910 hat der Sekretär des allgemeinen Arbeitverbands, Jouhaux, Vertreter der Gewerkschaftszentralen eingeladen, an einer internationalen Gewerkschaftskonferenz teilzunehmen, die zugleich mit der internationalen Arbeiterkonferenz stattfinden wird. Jouhaux ersucht den Sekretär der französischen Gewerkschaftszentrale, die Zentralen von Deutschland, Österreich und Belgien im Jahre 1918 hat der Sekretär der Delegierte zu der Konferenz entsenden. Bei der Abstimmung erhält jede Nation eine Stimme.

Die Friedensverhandlungen.

Deutsche Forderung um Beschleunigung.

Berlin, 7. Januar. Die Reichsregierung hat sich in den letzten Tagen von neuem an die Verhandlungen gewandt mit dem Ersuchen um baldige Aufnahme der Verhandlungen zur Ueberleitung des Waffenstillstandes in den allgemeinen Friedenszustand. Gleiche Schritte sind von der deutschen Waffenstillstandskommission unternommen worden.

Prüfung der Ernährungsfrage.

Berlin, 6. Januar. Dem Ersuchen des Vorsitzenden der englischen Kommission, einer Anzahl britischer Offiziere den Besuch verschiedener deutscher Städte zu gestatten, um dort die Unterlagen für die Lebensmittelversorgung und die Ernährungsfragen zu studieren, wurde deutscherseits Folge gegeben. Die britischen Offiziere werden die Städte Berlin, Leipzig, Kassel, Hannover, Hamburg, München besuchen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

In einem Bericht des Vorsitzenden der amerikanischen Lebensmittelkommission Hoover wird mitgeteilt, daß Deutschland zwar Lebensmittel geliefert werden sollen, es solle aber die Verpflichtung haben, mit deutschen Schiffen die Lebensmittelversorgung der besetzten Gebiete zu übernehmen. Die benötigten Nahrungsmittel sollen an Deutschland, in der Form eines Handelsgeschäfts gegen angemessene Bezahlung in annehmbaren Werten verkauft werden.

Eine Kundgebung der Stuttgarter Unabhängigen gegen die Reichsregierung.

Die Unabhängige Sozialdemokratie Stuttgarts veranstaltete am Dienstag nachmittag eine große Kundgebung auf dem Schloßplatz. Zahlreiche Redner richteten heftige Angriffe gegen die neue Reichsregierung, die um kein Haar besser sei, als das alte Regime. Den Abschluß bildete eine Kundgebung vor der rechtssozialistischen Schwabinger Lagewache.

Deutschland.

Allen Spießbürgern zur Beruhigung.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet: Nach Informationen der Reichsregierung hat die russische Delegation Mabel Berlin verlassen. Von einer Anwesenheit Joffes ist nichts bekannt. Die Reichsregierung hält diese Nachricht für erfunden.

Das amtliche Ergebnis der Braunschweiger Landtagswahlen.

Braunschweig, 6. Januar. Die die Landesregierung berichtet, wurden nach dem heute festgestellten amtlichen Wahlergebnis der Wahlen zum braunschweigischen Landtag, insgesamt 212 253 Stimmen abgegeben. Es entfielen auf die Liste der Unabhängigen Sozialdemokraten 51 008 Stimmen (14 Proz.), auf die Liste der Sozialdemokraten (Richtung Scheidemann) 53 703 Stimmen (17 Proz.) auf die der demokratischen Volkspartei 46 201 Stimmen (13 Proz.), auf die vereinigten übrigen bürgerlichen Parteien 55 341 Stimmen (18 Proz.). 31 sozialistische stehen 20 bürgerliche Abgeordnete gegenüber.

Kraf Gerling, der frühere Reichsminister, ist Sonnabend abend nach sechsmonatiger Krankenlager verstorben. Die Beisetzung findet im Münchener Stadt.

Eine Soldatendemonstration in Stuttgart erwann Sonntagmorgen erst die Wiedereröffnung des 5-Pennig-Larins für Militärpersonen auf der Straßenbahn, dann besaß sich die Menge in das Kriegsministerium, um den Offizieren die Achseln herunter und setzte deren Entfernung durch.

Ein Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird durch die bayrische Regierung veröffentlicht. Es heißt darin, daß Bayern ein freies selbständiges Mitglied in einem Verein deutscher Staaten sein solle. Die uneingeschränkte Herrschaft des Volkes solle in Bayern gelten.

In die Geschäftsräume des „Neuen Tageblattes“ in Waldburg i. Schl. sind Sonntagmorgen hunderte von Bergarbeitern eingedrungen; sie verlangten die sofortige Stilllegung des Betriebes, die Entfernung des Chefredakteurs und drohten mit einem allgemeinen Ausstand der Arbeiter des Waldburger Reviers, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt würden. — Der offizielle Bericht sagt nichts über die Gründe für dieses Vorgehen. Man darf aber annehmen, daß die Waldburger Bergarbeiter ihre Entrüstung über die ügelnhafte Schreibweise der bürgerlichen Presse Luft machen wollten. Dabei ist noch zu bemerken, daß die Waldburger Bergarbeiter bisher stets den frommen Weisen der Rechtssozialisten gefolgt sind; wenn auch sie schon in Erregung geraten, so darf man daraus einen Schluß auf die Stimmung der gesamten Bergarbeiterschaft ziehen.

Zum deutschen Gesandten in Fern soll nach einer Meldung aus Berlin der rechtssozialistische bayrische Landtagsabgeordnete und Chefredakteur der „Münchener Post“ Adolf Müller in München ernannt werden. — Man will also einen kompromittierten Mann, den Herr von Romberg, durch einen anderen kompromittierten ersetzen. Herr Adolf Müller war während des Krieges als Agent der deutschen Regierung in der Schweiz tätig, man wird ihm dort zweifellos mit dem größten Mißtrauen begegnen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das Ende der japanischen Intervention in Sibirien.

Aus Tokio wird gemeldet, daß das japanische Kriegsministerium 34 000 Mann japanische Truppen aus Sibirien zurückziehen, die übrigen Truppen auf das geringstmögliche Maß beschränken wolle. Die Intervention in Sibirien gegen die Sowjetregierung scheint also mit einem Plaus zu endigen.

Der frühere amerikanische Präsident Roosevelt ist infolge einer rheumatischen Erkrankung am Sonnabend gestorben.

Reichshilfe für gewerbliche Unternehmungen.

Beim Reichsausschuß für wirtschaftliche Demagogie wird im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsamt, dem Vermittlungsamt für freiberufende Geistes- usw. Güter und dem Reichsfinanzamt, wofür letzteres die erforderlichen Fonds aus Reichsmitteln zur Verfügung stellen wird, eine

Stiftung für gewerbliche Unternehmungen beim Demobilisationsamt errichtet worden, der die Aufgabe obliegt, während der Uebergangszeit die Wiederüberleitung gewerblicher Unternehmungen und die Beschäftigung der Arbeiterklasse zu unterstützen, und zwar durch Gewährung von Vorschüssen, Garantierung einer verlustfreien Abwicklung gewisser Geschäfte und unter Umständen auch durch Entlastung von Kustfragen.

In den für ihre Tätigkeit festgesetzten allgemeinen Richtlinien ist u. a. folgendes vorgesehen worden:

1. Die Interessenträger müssen auf besonderen Vordruck bei den zuständigen Handelskammern eingereicht und von diesen genehmigt werden. Vordrucke sind bei den Handelskammern erhältlich.

2. Die Stiftung bedingt sich an dem Gewinn der unterstützten Betriebe eine Beteiligung aus, die einseht, sobald diese Gewinne wieder mehr als eine Verzinsung von jährlich 5 Prozent ergeben.

3. Die Stiftung wird die unterstützten Betriebe von einer besonderen Treuhänderstelle prüfen und dauernd überwachen lassen. Da der Stiftung nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, werden nur die Anträge Aussicht auf Bewilligung haben, bei denen mit verhältnismäßig geringen Summen die Beschäftigung einer möglichst großen Arbeiterzahl erreicht wird.

Beste Nachrichten.

Berlin, 7. Januar. (Z. M.) In einer gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung hat der Volksrat der U. und S. M. D. Grobberlin mit 12 gegen 2 Stimmen folgenden Antrag der sozialdemokratischen Partei angenommen:

Der Volksrat der U. und S. M. D. Grobberlin fordert die sofortige Wiederherstellung der unregulierten Pressefreiheit für alle Zeitungen, wofür die Aufgabe des Vorworts an seine rechtmäßigen Eigentümer.

Mit dem gleichen Stimmverhältnis wurde beschlossen, eine Kundgebung an die Bevölkerung Grobberlins zu erlassen, in der es heißt:

Der Volksrat der U. und S. M. D. Grobberlin fordert vom Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik Bekämpfung der vom Ministerium des Innern vollzogenen Ausdeckerung des Berliner Volkspräsidenten Eichhorn. Weshalb des Volkspräsidenten Eichhorn, der sich sein Amt willkürlich anmaßt, soll daher nicht mehr Folge zu leisten.

Dagegen protestierten die unabhängigen Mitglieder des Volksrats Richard Müller und Ernst Dümmel in einer Erklärung, in der sie ausführen, daß nach ihrer Ueberzeugung der Volksrat Eichhorn unbedingt erst hören müssen, bevor es seine Absetzung blühte.

Berlin, 7. Januar. (Z. M.) In der Nacht vom Freitag wurde von bewaffneten Sozialisten versucht, das Gefängnis von Kottbus zu öffnen. Drei Anschläge wurden verübt, einer schwer verwundet. Es gelang den Sozialisten nicht, der Wächter die Schlüssel zum Gefängnis zu entreißen.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Kluge-Gesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.